

**Klaus Dörre
Anja Happ
Ingo Matuschek (Hrsg.)**

Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen

**Soziologische Untersuchungen
in ost- und westdeutschen
Industriebetrieben**

Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek (Hrsg.)
Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen

Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek (Hrsg.)

Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen

Soziologische Untersuchungen

in ost- und westdeutschen Industriebetrieben

Dieses Buch beruht auf Ergebnissen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds geförderten Projektes EFIS (»Externe Flexibilität – Interne Stabilität – im Wertschöpfungssystem ›Automobil‹«), Förderkennzeichen 01FH09060, Projektträger DLR.

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2013, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-540-7

Inhalt

Vorwort	7
----------------------	---

Einleitung

Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek Das Unbehagen am Kapitalismus und die LohnarbeiterInnen	9
--	---

Kapitel 1

Klaus Dörre/Ingo Matuschek Kapitalistische Landnahmen, ihre Subjekte und das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen	29
--	----

Kapitel 2

Michael Behr/Anja Happ/Klaus Dörre/Margrit Elsner Arbeitsbewusstsein und Interessenorientierung in einem ostdeutschen Unternehmen der optischen Industrie	54
Eine Belegschaftsbefragung	

Kapitel 3

Hajo Holst/Ingo Matuschek Sicheres Geleit in Krisenzeiten?	85
Leiharbeit, Krise und Interessenvertretung im Industriebetrieb West	

Kapitel 4

Anja Happ/Bernd Martens/Ingo Matuschek Kontraste in der Gemeinsamkeit: Krisenerfahrungen und Bewusstsein	109
--	-----

Kapitel 5

Klaus Dörre

Übriggebliebene und Verwundbare 132

Das Gesellschaftsbild des Prekariats
in Fremdzuschreibungen und Selbstzeugnissen

Kapitel 6

Christoph Thieme

»Ja-aber-Kapitalismus«? 181

Zum Gesellschaftsbild ostdeutscher Führungskräfte

Kapitel 7

Klaus Dörre/Hajo Holst/Ingo Matuschek

Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik 198

Subjektive Grenzen kapitalistischer Landnahmen

Literatur 262

Anhang

Überblick über Datensätze und Erhebungsmethoden 277

Die Autorinnen und Autoren 285

Vorwort

Der vorliegende Band beinhaltet Beiträge zum Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein von Lohnabhängigen, die von der ForscherInnengruppe am Bereich »Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie« der Friedrich-Schiller-Universität Jena in verschiedenen Kontexten erarbeitet wurden. Einen Teil der Beiträge haben die AutorInnen bereits unter anderen Titeln und in anderen Formaten publiziert. Überwiegend handelt es sich aber um neue, bislang unveröffentlichte Texte und Daten. Unser Hauptanliegen ist es, die bislang verstreuten Veröffentlichungen der ForscherInnengruppe zum Arbeitsbewusstsein zu bündeln und den roten Faden der Forschungen sichtbar werden zu lassen, um die wichtigsten Ergebnisse so einem interessierten Publikum zugänglich zu machen. Soweit nicht neu geschrieben, wurden die Texte für die vorliegende Veröffentlichung komplett überarbeitet, von Redundanzen befreit und in eine – hoffentlich nachvollziehbare – Struktur gebracht. Die einzelnen Beiträge bauen aufeinander auf und beleuchten jeweils unterschiedliche Forschungsfelder. Um die Anteile an den jeweiligen Beiträgen und Forschungen deutlich zu machen, werden zu Beginn eines jeden Kapitels die HauptautorInnen genannt.

Den inhaltlichen Ausführungen sei eine wichtige Klarstellung vorangestellt. Das große »I« im Titel dieses Buchs verspricht in weiten Passagen mehr, als wir analytisch einzulösen in der Lage sind. Die Welt der Industriearbeit ist, anders als die Welt der Erwerbslosigkeit und der prekären Beschäftigung, noch immer männerdominiert. Dies bedingt, dass eine geschlechterspezifische Auswertung unseres Materials nicht oder nur mit sehr großen Einschränkungen möglich ist. Zum Teil ist der Frauenanteil in den Belegschaftsbefragungen so gering, dass signifikante Aussagen nicht möglich sind. Hinzu kommt, dass viele Befragte in einigen von uns untersuchten Ost-Unternehmen offenbar bewusst darauf verzichtet haben, im Fragebogen ihr Geschlecht anzugeben. Dieser Umstand erschwert eine geschlechterspezifische Interpretation zusätzlich.

Das vorliegende Buch versteht sich als Beitrag zu einer – wie wir finden längst überfälligen – Debatte um die subjektiven Legitimationsressourcen kapitalistischer Gesellschaften. Daran, dass dieser Band zustande kommen konnte, haben Richard Detje als Lektor des VSA-Verlags sowie Madeleine Holzschuh als Koordinatorin des BMBF-Forschungsverbundes EFIS einen großen Anteil. Richard Detje hat die Texte durchgesehen, von Redundanzen befreit und anschließend in eine sinnvolle Komposition gebracht. Von Madeleine Holzschuh wurden Manuskript und Literaturliste bearbeitet. Steffen

Niehoff war als studentischer Mitarbeiter an einigen quantitativen Analysen beteiligt. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Die im Buch vertretenen Mitglieder der Jenaer ForscherInnengruppe haben ihre Beiträge teils erheblich überarbeitet, teils neu verfasst. Wir wissen die mühevollen Arbeit zu schätzen und bedanken uns dafür, dass sie zusätzlich zum Projektalltag geleistet wurde. Wenn dieser Band dazu beitragen kann, dass die sozialwissenschaftliche Debatte um das Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein von Lohnabhängigen neuen Schwung erhält, so hat er sein wichtigstes Ziel erfüllt.

Klaus Dörre, Anja Happ und Ingo Matuschek im August 2013

Einleitung

Klaus Dörre/Anja Happ/Ingo Matuschek **Das Unbehagen am Kapitalismus und die LohnarbeiterInnen**

Im Nachklang der globalen Krise von 2008-2009 hat das Unbehagen am Kapitalismus selbst die Wirtschaftseliten erreicht. Klaus Schwab, Begründer des Weltwirtschaftsforums, sprach anlässlich des Eliten-Events in Davos von einem Planeten mit »Burnout-Syndrom«, um sodann nüchtern festzustellen: »Der Kapitalismus in seiner bisherigen Form passt nicht zu unserer Welt.« (ntv, 24.1.2012) Das Institut für Demoskopie Allensbach hat diese Aussage aufgegriffen und einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt gefragt: »Neulich sagte jemand: ›In seiner bisherigen Form passt der Kapitalismus nicht mehr zu der Welt, die uns umgibt‹. Sehen Sie das auch so, oder sehen sie das nicht so?« 48% der Befragten sahen das »auch so«, nur 18% waren gegenteiliger Ansicht, 34% äußerten sich unentschieden (Institut für Demoskopie 2012: 1).

Das verbreitete Unbehagen am Kapitalismus bezieht sich auf eine zeitgenössische Ausprägung dieser Gesellschaftsformation, für die sich in der einschlägigen Literatur die Bezeichnung Finanzmarkt-, oder kürzer: Finanzkapitalismus durchgesetzt hat (Krippner 2011: 27f.). Dieser Finanzmarktkapitalismus, der seit den 1970er Jahren entstanden ist, zeichnet sich gegenüber seinem historischen Vorläufer, auf den sich die Analysen eines Rudolf Hilferding oder einer Rosa Luxemburg bezogen, vor allem durch die Intensivierung und die Ausweitung des Konkurrenz-, oder soziologisch präziser: eines Wettkampfprinzips auf mehr oder minder alle gesellschaftlichen Sphären aus (Dörre/Haubner 2012: 63-108). Was seine Krisenanfälligkeit angeht, so steht der zeitgenössische Finanzmarktkapitalismus (Windolf 2005: 20-57) seinem Vorläufer aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in nichts nach. Seit den 1970er Jahren sind weltweit mehr als hundert kleinere und größere Wirtschaftskrisen registriert worden.

An der globalen Krise von 2008-2009 ist neu, dass sie nicht mehr aus den westlichen Industriestaaten herausgehalten werden konnte. Seither erzeugt jede Anti-Krisen-Intervention offenbar neue Friktionen, die in ihren komplexen Wechselbeziehungen dazu führen, dass der Wachstumsmotor nach 2009 nur in wenigen Ökonomien des globalen Nordens sowie in den aufstre-

benden BRIC-Staaten¹ wieder angesprungen ist. Den zeitweiligen Gewinnern, die, wie die deutsche Wirtschaft, vor allem vom stürmischen Wachstum Chinas profitieren,² stehen innerhalb der Europäischen Union (EU) jedoch Verlierer-Staaten wie Irland, Griechenland, Portugal, Zypern, Spanien und Italien sowie Tschechien und Slowenien gegenüber. Unter dem Diktat der Sparauflagen ist die Wirtschaftsleistung der Länder an der EU-Peripherie deutlich unter das Niveau von 2008 gefallen. Allein das griechische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um rund ein Viertel geschrumpft. Alarmierend ist der Einbruch bei den Investitionen – in Griechenland liegen sie rund 40% unter dem Niveau von 2007, in Irland, dem vielgerühmten Musterknaben europäischer Austeritätspolitik, gar um 55%. In diesen Ländern kann nicht mehr von Rezession gesprochen werden, denn es handelt sich um einen länger währenden Schrumpfungsprozess ganzer Volkswirtschaften.

Wie immer, wenn die Wirtschaftsleistung stagniert oder rückläufig ist, nehmen Arbeitslosigkeit und Prekarität zu. In der EU waren Ende 2012 nahezu 19 Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit, zwei Millionen mehr als im Vorjahr; 2013 könnte die Zwanzig-Millionen-Grenze überschritten werden. In Spanien nähert sich die registrierte Jugendarbeitslosigkeit den 60%, in Griechenland liegt sie bereits deutlich darüber.³ Das strukturelle Krisenpotenzial dieser »Verlierer-Staaten«, zu denen auch einige osteuropäische Länder gehören, verstärkt seit langem bestehende strukturelle Ungleichzeitigkeiten und löst zentrifugale Tendenzen aus, die eine Interessenhomogenisierung innerhalb des Wirtschaftsblocks erschweren. Die Europäische Union bietet denn auch ein trauriges Bild, und es ist fraglich, ob allen bisherigen Euro-Staaten eine einheitliche Leitwährung erhalten bleibt, ja, ob der Euro als europäische Leitwährung und die EU als Staatenbund in der gegenwärtigen Form überhaupt überleben werden.

Die überstaatlich koordinierten nationalen Austeritätspolitiken provozieren immer neue Protestwellen. In Ländern wie Frankreich, Griechenland oder Spanien haben sich Hunderttausende an Generalstreiks beteiligt,

¹ BRIC ist die Bezeichnung für die aufstrebenden Ökonomien Brasilien, Russland, Indien und China, die vor allem gemeinsam haben, dass sie allein aufgrund ihrer zahlenmäßig großen Bevölkerungen einen gewichtigen Faktor in der Weltwirtschaft darstellen, wobei der Staat eine zentrale Rolle bei der Wirtschaftsentwicklung spielt.

² In dem Jahrzehnt seit 2000 ist die chinesische Wirtschaft um 390% gewachsen, die deutsche Wirtschaft hingegen nur um 74% und die US-Ökonomie um 47% (vgl. IWF 2011).

³ Weniger Jobs = mehr Instabilität. Die Wut über die Sparpolitik schwillt an. Von Stephan Kaufmann. In: Frankfurter Rundschau vom 4.3.2013: 2-3.

gegen Sparmaßnahmen demonstriert und ihren Protest gegen Sozialabbau oder schwindende Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck gebracht. Doch diese Proteste erscheinen in gewisser Weise wirkungslos. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt, wie das Beispiel Griechenland signalisiert, keine wirkliche Wahl. Entweder fügt sich das Wahlvolk und votiert für Parteien, die bereit sind, sich den Spardiktaten zu beugen, oder es drohen Sanktionen seitens der EU. Schon die Ankündigung des damaligen Ministerpräsidenten Papandreou, das Volk über Sparauflagen der Troika abstimmen zu lassen, löste eine GREECXIT-Drohung, den Ruf nach Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone, aus.

Diese Entwicklung vor Augen, hat Wolfgang Streeck (2011: 14) darauf hingewiesen, dass das lange still gestellte Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie wieder offen zutage tritt: »Die Demokratie ist in der gegenwärtigen Krise ebenso gefährdet wie die Wirtschaft, wenn nicht mehr. Nicht nur die ›Systemintegration‹ heutiger Gesellschaften – also das effiziente Funktionieren ihrer kapitalistischen Volkswirtschaften – ist prekär geworden, sondern auch ihre ›soziale Integration‹.«

In dieser Zustandsbeschreibung klingt bereits die Frage an, wie es um die Rechtfertigung von Kapitalismus und Demokratie bei jenen bestellt ist, die in der Regel die Zeche für aufwendige Krisenbewältigungen zu zahlen haben. Sucht man mit Blick auf die Bundesrepublik nach einer Antwort, so wirken Analysen à la Streeck auf den ersten Blick überzogen, ja geradezu alarmistisch. Zwar sind laut Allensbach 71% der Bundesbürger der Ansicht, dass die Macht der Banken und das soziale Ungleichgewicht Demonstrationen zwangsläufig herausforderten (IfD 2012: 1), doch die große Masse belässt es bei einer Beobachterposition. Während Institutionen wie die UNO und die ILO wegen zunehmender Arbeitslosigkeit und Ungleichheit vor sozialen Unruhen warnen,⁴ bleibt im Beschäftigungswunder Deutschland – scheinbar – alles ruhig. Nirgendwo, so wirkt es jedenfalls, liegt der Geruch der Revolte in der Luft. Wo französische Arbeiter gelegentlich Bos snapping⁵

⁴ Laut ILO-Weltarbeitsbericht 2013 ist das Risiko von Aufständen in 17 von 24 EU-Staaten gestiegen, für die Daten aus dem Jahr 2012 verfügbar waren. Die größte Zunahme gab es in Zypern, Tschechien, Griechenland, Italien, Portugal, Slowenien und Spanien. Dagegen nahm das Risiko in Belgien, Deutschland, Finnland, Schweden und der Slowakei ab. Dass Prognose und Risiko nicht übereinstimmen müssen, zeigen die Ereignisse in Schweden, wo es trotz positiver Prognose noch während des Erscheinens des Berichts zu teilweise gewaltsamen Revolten von Jugendlichen gekommen ist (ILO 2013).

⁵ Damit sind zeitweilige »Festsetzungen« von Managern gemeint, mit deren Hilfe Unternehmen zu Verhandlungen bewegt werden sollen.

betreiben oder argentinische Beschäftigte getreu ihres Slogans »Feuert den Boss!« Unternehmen in Eigenregie weiterführen, üben sich in Deutschland gewerkschaftlich organisierte Gruppen in Selbstdisziplin. Aktive Beteiligung an Protesten gilt einer Majorität der Deutschen offenbar nicht als geeignetes Mittel, um auf die Krise und die Krisenfolgen zu antworten. Unterstützt wird diese zurückhaltende Reaktion von sinkender Arbeitslosigkeit und einer nach 2009 zunächst boomenden Wirtschaft (DIW 2013: 23). Zwar haben sich die konjunkturellen Aussichten zwischenzeitlich wieder eingetrübt, doch das Gros der Deutschen zeigt sich davon unberührt. Es wird weiter konsumiert, in Urlaub gefahren, gearbeitet, als ginge alles seinen normalen Gang. Sind die Lohnabhängigen hierzulande also zufrieden mit ihrer Gesellschaft? Geht die Krise tatsächlich an ihnen vorbei?

Was sich auf den ersten Blick als eine »Befriedung« der ökonomischen Krise und ihrer sozialen Folgen in den Köpfen darstellt, verlangt nach sozialwissenschaftlichen Erklärungen. Neben der Tatsache, dass die Krise in Deutschland den Arbeitsmarkt sozial »abgefedert« erreicht hat, könnte eine Antwort in der Gültigkeit eines Foucaultschen Szenarios vermutet werden. Das »unternehmerische Selbst« (Bröckling 2007) samt dazugehörigem Freiheitsversprechen wäre demnach soweit internalisiert, dass die Individuen ein affirmatives Verhalten praktizieren. Der Subjektivierung von Arbeit und Kapitalismus folgt nun die Subjektivierung der Krise. Dem »Wir sitzen alle in einem Boot« eines Joseph Ackermann (2009) antwortet ein »Wir alle sind der Finanzmarktkapitalismus.«⁶ Die Krise, so wäre dementsprechend zu mutmaßen, wirkt je nach sozialer Position als persönliches Schicksal, als Indiz selbst verantworteten Scheiterns, als individuelle Herausforderung oder auch als Chance zur Selbstkorrektur. In ihrer gesellschaftlichen Dimension bleibt sie aber unbegriffen, weshalb Selbstzuschreibungen wahrscheinlicher sind als die kollektive Aktion.

Ohne die Relevanz diverser Subjektivierungsdiagnosen (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000; Voß/Pongratz 1998; Moldaschl/Voß 2002) generell zu bestreiten, soll nachfolgend eine anders akzentuierte These entwickelt und begründet werden. Die vermeintliche Krisenresistenz von Subjektivitäten erklärt sich nach unserer Auffassung aus der Mobilisierung von eigensin-

⁶ Tatsächlich sind solche Selbstzuschreibungen weitverbreitet: Der persönliche Konsum, die Suche nach dem Schnäppchen (»Geiz ist geil«), die Erwartungen an eine günstige Dienstleistung (aktuell: Amazon) werden schnell zum Motor individuellen, vorgeblich unternehmerischen Handelns erklärt, die Unternehmen in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung dadurch letztlich entlastet und die Frage nach den zugrunde liegenden Strukturen ausgeklammert.

nigen Praktiken und abgelagerten, habitualisierten Handlungsschemata, die eine selbsttätige Auseinandersetzung mit Konkurrenzmechanismen und Marktvergesellschaftung steuern. In unseren empirischen Studien zeigt sich die Grundstruktur eines Arbeitsbewusstseins, das wir, auch um zu Diskussionen anzuregen, mit der Formel »guter Betrieb, schlechte Gesellschaft« beschreiben. Ungerechtigkeits- und Missachtungserfahrungen sind unter den von uns befragten Lohnabhängigen weitverbreitet; sie lösen mitunter sogar Gewaltfantasien aus. Es mangelt aber an einem mit Handlungsperspektiven verknüpften intellektuellen Bezugssystem (Beaud/Pialoux 2004: 276), das solche Stimmungen politisch bündeln könnte. Daher bleiben radikale Proteste aus und die Arbeitenden beziehen sich trotz krisenbedingter Zumutungen (Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltseinbußen, Leistungsdruck etc.) positiv auf »ihren« Betrieb, »ihr« Werk oder »ihr« Unternehmen. Zwischen identitätsstiftendem Betriebs- und kritischem Gesellschaftsbewusstsein besteht subjektiv kaum ein Zusammenhang. Die finanzkapitalistische Landnahme verfügt daher trotz Krise über eine stabile Basis in den Subjekten – das aber nicht, weil das Freiheitsversprechen der Marktvergesellschaftung, die Leitbilder von »Arbeitskraftunternehmer« oder »unternehmerischem Selbst« tief in den Subjektivitäten verankert wären, sondern vor allem, weil noch immer auf Erfahrungen, Verhaltensdispositionen, auf individuelle und subjektive Ressourcen zugegriffen werden kann, die nicht marktförmig zu gerichtet sind.

Arbeitsbewusstseinsforschung im Rückblick

Allerdings, das sei hinzugefügt, sind die subjektiven Legitimationsressourcen des Finanzkapitalismus mit großer Wahrscheinlichkeit endlich. Landnahmen, die auf das Innerste der Persönlichkeit zugreifen, können nicht permanent weitergetrieben werden. Die Verallgemeinerung des Wettkampfprinzips auf alle Lebensbereiche stößt an soziale Grenzen. Schon deshalb ist die Frage nach der Stabilität von subjektiven Legitimationsgrundlagen kapitalistischer Vergesellschaftung brisant. Wie denken Lohnabhängige über den Kapitalismus und seine Zukunft? Welche Gesellschaftsbilder lassen sich identifizieren? Woraus speist sich alltägliche Kritik? Und was bindet ArbeiterInnen und Angestellte dennoch an den Status quo?

Um solche Fragen beantworten zu können, ist es hohe Zeit, den Faden der Arbeitsbewusstseinsforschung, der in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren gerissen ist, wieder aufzunehmen. In diesem Kontext sei uns eine knappe Bemerkung zum Forschungsstand erlaubt, den wir in diesem Buch

nicht annähernd aufarbeiten können. Studien zum ArbeiterInnen- und Arbeitsbewusstsein schließen an eine lange Tradition an, die bis zu den Klassikern Marx und Weber zurückreicht (vgl. u.a. Kleemann/Voß 2010). Gerade für Deutschland liegt eine große Zahl⁷ empirisch gehaltvoller Studien zum Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein unterschiedlicher Beschäftigtengruppen vor. In der Summe handelt es sich dabei um soziologische Blicke sowohl auf die Wahrnehmungen von sozialen Lagen und Arbeitssituationen als auch um Rekonstruktionen subjektiver politisch-sozialer Positionierungen in Arbeitswelt und Gesellschaft.

In der Spannbreite von emotiven und kognitiven Dimensionen (vgl. Reinhold 1991) stellt das Bewusstsein eine unscharfe Gemengelage von intra- wie intersubjektiven Prozessen dar, die zu dechiffrieren lange Zeit einem eindeutig identifizierbaren Erkenntnisinteresse entsprach. Im Zentrum der empirischen Arbeitsbewusstseinsforschung stand, jedenfalls soweit sie sich im Kontext der Marxschen Theorie bewegte, stets die Frage nach Anhaltspunkten für die Entstehung von Klassenbewusstsein oder nach Gründen für dessen Ausbleiben. Teilweise schon ad acta gelegt, erlebte diese Forschung mit der überraschenden Wiederkehr der Arbeitsmilitanz Ende der 1960er Jahre eine kurzzeitige, aber sehr intensive Renaissance. Bei genauerem Hinsehen wird man allerdings feststellen, dass diese Renaissance durchaus vorbereitet war.

Während der 1950er und 1960er Jahre waren in der westdeutschen soziologischen Diskussion Thesen wie die einer »Nivellierung« sozialer Unterschiede oder einer Verbürgerlichung der Arbeiter (Schelsky 1965; kritisch: Mooser 1984; Tenfelde 1991) dominant. Die Inkorporation von Gewerkschaften in den Wohlfahrtsstaat wurde als Institutionalisierung des Klassenkonflikts interpretiert und sowohl in staatsrechtlichen (Forsthoff 1971) als auch in liberal-pluralistischen Ansätzen (Dahrendorf 1967) reflektiert. Eine der wenigen empirischen Untersuchungen, die gängigen Nivellierungs- oder Verbürgerlichungsthese widersprach, stellte die von einem Team um Heinrich Popitz und Hans Paul Bahrdt vorgelegte Studie zum »Gesellschaftsbild des Arbeiters« dar. Die Forschergruppe hatte auf der Basis von 600 Interviews im Hüttenwerk Rheinhausen eine Typologie des Gesellschaftsbewusstseins von Arbeitern konstruiert, deren Aussagekraft so gar nicht zu Verbürgerlichungsthese passen wollte. Im Resümee der Studie heißt es:

⁷ Aus der Vielzahl der Studien seien exemplarisch herausgegriffen: Geiger 1932; Popitz et al. 1957; Kern/Schumann 1970; Deppe 1971; Hack et al. 1972; Beckenbach et al. 1973; Eckart et al. 1974; Kudara 1979; Herkommer et al. 1979; Herding/Kirchlechner 1980.

»Trotz der erheblichen Differenzen zwischen den einzelnen Gesellschaftsbildern ... lassen sich durchgehend zwei gemeinsame Grundzüge feststellen: Alle Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben und die überhaupt ein Gesellschaftsbild in dem von uns definierten Sinne entwickeln, sehen die Gesellschaft als – unabwendbare oder abwendbare, unüberbrückbare oder ›partnerschaftlich‹ zu vermittelnde – Dichotomie, und sie beantworten die Frage nach ihrem gesellschaftlichen Ort durch ein Arbeiterbewusstsein, das es ihnen ermöglicht, sich innerhalb der Gesamtgesellschaft als Teil der Arbeiterschaft zu verstehen.« (Popitz et al. 1957: 237)

An diesen Befund eines, wenngleich rudimentären Kollektivbewusstseins konnte eine ihrem Selbstverständnis nach kritische Arbeitsbewusstseinsforschung anschließen, als sich viele Regierungen westeuropäischer Staaten in den späten 1960er Jahren mit oppositionellen Arbeiterbewegungen konfrontiert sahen (Crouch/Pizzorno 1978). Selbst in Westdeutschland schienen die Gewerkschaftsführungen während der spontanen Septemberstreiks kurzzeitig die Kontrolle über ihre Mitgliederbasis zu verlieren. Anstelle von Verbürgerlichungsthesen stand nun die Frage nach einer möglichen Rekonstruktion von Klassenbewusstsein auf der industriesoziologischen Forschungsagenda (Schumann et al. 1971). In dieser diskursiven Gemengelage stellte die von Horst Kern und Michael Schumann vorgelegte Studie zu »Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein« einen Meilenstein dar. Die Studie, nachfolgend als Kern/Schumann I bezeichnet, basierte auf 981 Arbeiterinterviews in zehn Betrieben aus neun Industriezweigen (hinzu kamen eine Fülle von Arbeitsplatz-, Funktions-, Organisations- und Anlagebeschreibungen; Kern/Schumann 1973: 51f.). Kern/Schumann I formulierte eine widersprüchliche Botschaft. Einerseits knüpfte die Untersuchung durchaus an die Methodik und die Befunde der Popitz/Bahrtdt-Gruppe an. Wie dort wurden technologische Veränderungen, etwa die Teilautomatisierung industrieller Produktion, hoch gewichtet. Die Ergebnisse zum Gesellschaftsbewusstsein der Arbeiter fielen jedoch, am Maßstab einer potenziellen Rekonstruktion von Klassenbewusstsein gemessen, relativ ernüchternd aus. Zwar stellten die Göttinger Autoren fest, dass die Arbeitssituation und die Arbeitserfahrungen noch immer das Bewusstsein der Arbeiter strukturierten. Doch Mechanisierung und Teilautomatisierung hatten ein weites Spektrum an industriellen Arbeitstätigkeiten entstehen lassen, deren differenzierte Anforderungen eher auf eine Polarisierung innerhalb der Industriearbeiterschaft hindeuteten.

Das kollektive Bewusstsein, das sich nach Popitz/Bahrtdt auf eine Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft gründete, war zerfallen; die abstrakte Gemeinsamkeit der Lohnarbeit genügte nicht (mehr), um Differenzierungen aus-

zugleichen. Im Unterschied zur Popitz/Bahrtd-Studie machten Kern und Schumann die Arbeitserfahrungen »als wichtigste Einflussgröße für das Urteil der Arbeiter über die technische Entwicklung« aus (Kern/Schumann 1973: 270). Die unterschiedlichen Arbeitserfahrungen bedingten offenbar die Differenzen in der gesellschaftlichen Perspektive. Lediglich für einen, allerdings zentralen Punkt sollte der Zerfall des Kollektivbewusstseins nicht gelten – für die »Realisation der kollektiven Unsicherheit« (ebd.: 276). Nur aus der Erfahrung der eigenen Ersetzbarkeit und der Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes speisten sich noch immer Reste eines dichotomischen Bewusstseins, die jedoch nicht ausreichten, um die Zerfaserung homogenisierender Erfahrungen zu kompensieren.

Die Auseinandersetzung mit den Befunden Kerns und Schumanns hat, das wäre zu überprüfen, für die deutsche Industriesoziologie wie auch für die Arbeitsbewusstseinsforschung möglicherweise schulbildend gewirkt. Die in Kern/Schumann I enthaltene Polarisierungsthese sah sich auch international mit konkurrierenden Deutungsangeboten konfrontiert, die wahlweise eine De- oder Höherqualifizierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters oder gar die Entstehung neuer Arbeiterklassen behaupteten (Mallet 1965; Hörning 1971; Goldthorpe u.a. 1971; Deppe 1971; Benz-Overhage et al. 1982; PAQ 1987). Wichtig war, dass die Studie auch ein Deutungsangebot für eine gesellschaftliche Umbruchphase enthielt. Als die Untersuchung erschien, war der Höhepunkt der 1968er-Bewegungen bereits überschritten. Die Arbeitermilitanz hatte gerade in Deutschland, wo sie ohnehin nie sonderlich entwickelt war, nach den spontanen Septemberstreiks keine Fortsetzung erfahren. Kern/Schumann I lieferte eine Erklärung. Die Spuren eines sozialistischen Arbeiterbewusstseins, die das Popitz/Bahrtd-Team noch entdecken konnte, hatten im Generationswandel weiter an Relevanz eingebüßt. Die Arbeiterschaft war fragmentiert und das erklärte, weshalb die oppositionellen Bewegungen der späten 1960er Jahre diese soziale Großgruppe in Deutschland zunächst kaum erreichten.

Die Fragmentierung der Arbeiterschaft wurde von Kern und Schumann jedoch keineswegs als völlige Auflösung des Potenzials für kollektives Klassenhandeln gedeutet. »Nicht die Tatsache der Streiks selbst, ... als vielmehr das Potential, welches durch diese Arbeitskämpfe geschaffen wurde, lässt die Frage nach der Rekonstruktion der Arbeiterklasse berechtigt erscheinen«, resümierte Michael Schumann (1971: 267) eine Kurzfassung der Untersuchung zu den Septemberstreiks. Die Fragmentierung der Arbeiterschaft erschwerte eine solche Rekonstruktion. Nicht minder gravierend war jedoch das Fehlen entsprechender Orientierungen aufseiten der Gewerkschaften und politischen Organisationen. »Es ist bekannt«, so Kern und Schumann

(1973: 274), dass »gerade die Arbeiterschaft ... beim Ausbilden ihres gesellschaftlichen Selbst- und Wirklichkeitsverständnisses auf vorgegebene Orientierungshilfen verwiesen ist. Ihr Fehlen muss deshalb für die Arbeiter besonders schwer wiegen.«

Der Befund, wonach lediglich die »kollektive Unsicherheit« als Grunderfahrung noch einem gemeinsamen Arbeiterbewusstsein zugrunde lag, enthielt eine implizite Frage. Was würde geschehen, wenn die relativ gut verdienenden Arbeiter der Exportindustrien sich mit Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit konfrontiert sähen? Und wie wäre es um die Stabilität spät-kapitalistischer Gesellschaften bestellt, sofern der »goldene Schleier« der Nachkriegsprosperität zerreißen würde? Studien, die Mitte der 1980er Jahre erschienen, konnten diese Fragen bereits beantworten. Nach der so genannten »Ölpreiskrise« Mitte der 1970er Jahre hatten die fortgeschrittenen Kapitalismen des globalen Nordens 1980-1982 bereits die zweite Weltwirtschaftskrise durchlaufen. Die Arbeitslosigkeit hatte in der Bundesrepublik längst die Millionengrenze überschritten und mit jedem Krisenzyklus verdoppelte sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Offenbar, das wurde in zahlreichen sozialwissenschaftlichen Analysen des gesellschaftlichen Umbruchs diagnostiziert, war ein spezifisches »fordistisches« Entwicklungsmodell des Kapitalismus an seine Grenzen gestoßen (exemplarisch: Lutz 1984; Aglietta 1979). Eine wesentliche Ursache bildete die offenkundige Erschöpfung der Produktivitätsreserven des so genannten tayloristisch-fordistischen Rationalisierungsparadigmas. Die immer weitergetriebene Zerlegung von Produktionsarbeit in sich mehr und mehr ausdifferenzierenden, gleichwohl strikt hierarchischen Unternehmensbürokratien erwies sich selbst aus einer Verwertungsperspektive als kontraproduktiv; gleiches galt für die fortschreitende Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen und Automaten.

Die Tatsache, dass die Gewissheit »immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) geschwunden war, wirkte bei den betroffenen Lohnabhängigen jedoch keineswegs als Katalysator für politisches Klassenbewusstsein. Untersuchungen wie die so genannte Wertstudie, die eine Forschergruppe um Michael Schumann Anfang der 1980er Jahre vorgelegt hatte, kamen hinsichtlich der Frage nach dem Zusammenhang von Krisen- und Klassenbewusstsein der Arbeiter wiederum zu einem ernüchternden Befund: »Die Grenzen einer ›Klassen‹-Politik zur Behebung der Wertkrise werden im Zusammenhang mit den betriebsbezogenen Überlegungen der Arbeiter besonders deutlich: Die Befragten bekunden sogar Verständnis für Entlassungen infolge betrieblicher Schwierigkeiten. Da die Überwindung dieser Schwierigkeiten ausschließlich von der Auftragsseite her erwartet wird, erschienen

Aktivitäten von Belegschaft und Betriebsrat (außer eigenständiger oder unterstützender Auftragsakquisition) kaum zur Krisenlösung geeignet. Man argumentiert grundsätzlich nicht gegen einen ›Klassengegner‹ Betrieb, sondern für dessen ökonomische Stärkung. Selbst Demonstrationen und Streiks deutet man als Ausdruck der Interessenidentität mit dem Unternehmen. ... Man sieht keine Chance für eine gegen das Werftkapital zielende Krisenstrategie, sondern setzt auf eine kooperative Interessenvertretung ›des Betriebs‹ oder ›der Branche‹ beim Staat, wozu Betriebsräte und Gewerkschaften beitragen können.« (Schumann et al. 1982: 531)

Angesichts solch ernüchternder Befunde verlagerte sich das Erkenntnisinteresse auch der empirischen Arbeitsbewusstseinsforschung. Die Entdeckung »neuer Produktionskonzepte«, wie sie Horst Kern und Michael Schumann in ihrer Follow-up-Studie »Das Ende der Arbeitsteilung?« präsentierten, dokumentiert bereits das wachsende Interesse an der Gestaltbarkeit industrieller Arbeit, das den Fokus »Klassenbewusstsein« ablöste. Die neuen Produktionskonzepte eröffneten einen – gleichwohl noch im Larvenstadium befindlichen – Rationalisierungspfad, der die Produktionsintelligenz der Arbeiter rehabilitierte (Kern/Schumann 1984: 322-325, nachfolgend als Kern/Schumann II bezeichnet). Die neuen Produktionskonzepte verkörperten weder Notlösungen noch entstanden sie als Resultat gewerkschaftlicher Humanisierungsbestrebungen; es waren reflektierte Managementfraktionen, die diesen Rationalisierungspfad aus eigenem Antrieb anvisierten. Damit reagierten diese Angehörigen der ökonomischen Eliten nicht nur auf die offenkundige Krise des tayloristisch-fordistischen Rationalisierungsparadigmas, sie stellten strukturelle Veränderungen wie die mikroelektronische Durchdringung des Produktionsapparates, die durchschnittliche Höherqualifizierung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, Individualisierung und Wertewandel in Rechnung. Offenbar galt es, industrielle Arbeit und die Reproduktionsbedingungen von Arbeitskraft in neuer Weise zu reflektieren. Eben dies schlug sich in Produktionskonzepten nieder, mit denen sich die Perspektive einer Requalifizierung von industrieller Produktionsarbeit eröffnete.

Bei der Rezeption der Studie dominierte die Entdeckung der neuen Produktionskonzepte. Dabei wurde jedoch häufig das Fragezeichen übersehen, mit welchem »Das Ende der Arbeitsteilung?« seitens der Autoren versehen worden war. Dass sich die neuen Produktionskonzepte als hegemoniale durchsetzen würden, war für Kern und Schumann keineswegs ausgemacht. Das Überleben eines modifizierten Taylorismus schien ihnen durchaus möglich. Vor allem jedoch enthielt Kern/Schumann II in gewisser Weise eine Radikalisierung der Polarisierungsthese aus der ersten Untersuchung (ebd.: 319). In ihrer »privatistischen Verengung« (ebd.: 320) wirkten

auch die neuen Produktionskonzepte hochgradig selektiv. Ihre breite Anwendung würde nur einen Teil der qualifizierten Produktionsarbeiter zu Gewinnern machen; ein anderer Teil hätte den neuen Rationalisierungspfad allenfalls zu dulden, sofern sich so Arbeitsplätze sichern ließen. Die eigentlichen Rationalisierungsverlierer hingegen wären nicht nur benachteiligt, sie hätten mit harter Ausgrenzung, mit »sozialer Exklusion« (Kronauer 2002) zu rechnen.⁸

In ihrem Hauptargumentationsgang lieferte Kern/Schumann II wiederum die Deutung eines gravierenden gesellschaftlichen Umbruchs, der nun allerdings mit dem Paradigma des industriellen Spätkapitalismus zugleich den gesellschaftlichen Stellenwert von Erwerbs- und Produktionsarbeit betraf. Mittlerweile war offensichtlich, dass die krisenhafte Metamorphose der fortgeschrittenen Kapitalismen nicht zur Rekonstruktion einer klassenbewussten Arbeiterschaft führen würde. Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen gerieten ausgerechnet in jenen Staaten in die Defensive, in denen die wieder erwachte Arbeitermilanz die sozialen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre geprägt hatte. Im Zuge des industriellen Strukturwandels gewannen Dienstleistungsbranchen mit heterogenen Arbeitsverhältnissen

⁸ Es kann nicht den Autoren angelastet werden, dass in der – kritischen wie affinen – Rezeption ihrer Studie die Requalifizierungsthese alles andere überstrahlte. Diese These wurde ihrerseits sowohl durch institutsinterne als auch durch externe Kritik aus dem Fach beträchtlich relativiert. So ging das Münchner ISF ebenfalls von der Erschöpfung des so genannten tayloristisch-fordistischen Rationalisierungsparadigmas aus; die Anwendung der Mikroelektronik ermöglichte jedoch, so die Münchner These, einen neuen Typus »systemischer Rationalisierung«, der die Spielräume für eine Rehabilitation von Produktionsintelligenz eng begrenzte (Altmann et al. 1986). Arbeitspolitisch ließen sich neue Kontrollkonzepte identifizieren, die der Identifikation von neuen Produktionskonzepten zwar nicht generell widersprachen, aber doch deren Reichweite beträchtlich relativierten (Jürgens 2007); dementsprechend sahen sich die Göttinger mit Voluntarismus-Vorwürfen konfrontiert (Schmidt 1985: 146-150). Auch innerhalb des SOFI blieb die Requalifizierungsthese umstritten. Die Gruppe um Martin Baethge und Herbert Oberbeck ebenso wie der Arbeitszusammenhang um Volker Wittke favorisierten ein gegenüber dem Münchner Institut freilich erheblich modifiziertes Konzept systemischer Rationalisierung (Wittke 1990: 23-41). Bei der Entwicklung der Angestelltenarbeit im Dienstleistungssektor ließen sich den »neuen Produktionskonzepten« vergleichbare Rationalisierungsleitbilder nicht entdecken. Einmal davon abgesehen, dass Rationalisierung im Dienstleistungsgewerbe, sofern solche Strategien auf die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft hinausliefen, häufig mit einer Verschlechterung der Dienstleistungsqualität verbunden war, sprachen die empirischen Befunde eher für eine »Refeudalisierung« der Arbeitsverhältnisse als für ein Requalifizierungsszenario (Baethge/Oberbeck 1986).

quantitativ wie qualitativ an Bedeutung. Während sich im Arbeiterbereich ein eher defensives Arbeitnehmerbewusstsein artikulierte, das auch für nationalistisch-autoritäre Anrufungen offen war (Schumann et al. 1982: 531), konnten sich neue oppositionelle Bewegungen, die sich primär an Reproduktionskonflikten entzündeten, auf gewerkschaftlich allenfalls schwach repräsentierte Jugendliche, Frauen und Angehörige sozialberuflicher Mittelschichten stützen.

Dies vor Augen, hatte sich in wichtigen Strömungen der zeitgenössischen Soziologie eine Abkehr vom Arbeitsparadigma vollzogen. Gerade weil die fortgeschrittenen Kapitalismen ihre Regulierungskapazität erfolgreich auf die Einhegung des Kapital-Arbeit-Gegensatzes konzentrierten, seien mit der »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas 1987: 489-547) Konfliktlinien jenseits der industriellen Klassenspaltung entstanden. Die »förmliche Erwerbsarbeit« habe »die subjektive Qualität« verloren, »organisierendes Zentrum der Lebenstätigkeit, der sozialen Fremd- und Selbsteinschätzung und der moralischen Orientierungen zu sein«, diagnostizierte etwa Claus Offe. Und weil die strukturierende Kraft der Erwerbsarbeit abnehme, könne der Kapital-Arbeit-Konflikt nicht länger das Zentrum der Herrschaftsbeziehungen entwickelter Gesellschaften bilden (Offe 1984: 7, 37).

Die antiproduktivistisch-kulturalistische Wende vor allem der westdeutschen Soziologie berührte den Kernbestand industriesoziologischen Wissens. Die – auch politischen – Implikationen dieser Wende hatte André Gorz mit besonderer Klarheit und Schärfe formuliert. Nach seiner Auffassung musste das Projekt einer Befreiung in der Arbeit endgültig ad acta gelegt und zugunsten eines Projekts der Befreiung von Erwerbsarbeit aufgegeben werden. Gorz, der in den späten 1960er Jahren noch die wissenschaftlich-programmatische Grundlage für antikapitalistische Gewerkschaftspolitiken geliefert hatte, begründete diese Sichtweise mit dem durch Spezialisierung und organisatorische Restrukturierung verursachten Auseinanderfallen von Arbeits- und Produktionsprozessen. Anders als die Arbeitsprozesse würden die Produktionsprozesse immer undurchschaubarer; dadurch büßten die Arbeitenden ihre Primärmacht weitgehend ein. Die Fabrik sei »keine ökonomische Einheit mehr«: »Mit anderen, zumeist einige hundert Kilometer entfernten Produktionsstätten integriert, hängt sie in bezug auf Versorgung, Absatz, Fertigungsprogramm usw. von einer Zentralkontrolle ab, die dutzende Produktionseinheiten verschiedener Wirtschaftszweige koordiniert und leitet. Mit anderen Worten: Die Produktionsstätten sind nicht länger Entscheidungszentren und Grundlagen ökonomischer Macht. Der gesellschaftliche Produktionsprozess ist opak geworden, und das prägt den Arbeitsprozess jeder Werkstatt, da die endgültige Bestimmung der Produkte, bisweilen sogar

ihre Versionen dort unbekannt sind. Mit Ausnahme des leitenden Personals weiß niemand tatsächlich, welchen Zweck die hergestellten Dinge erfüllen. Übrigens lässt das auch völlig gleichgültig.« (Gorz 1980: 39)

Für Gorz bedeutet das Auseinanderfallen von Produktions- und Arbeitsprozessen das Ende von Arbeiterautonomie und Arbeitermacht. Arbeitermacht ist nach diesem Verständnis vor allem Primärmacht, die auf spezifischen Qualifikationen und Wissensbeständen beruht; es ist die Macht von Facharbeitern und Fachleuten. Doch in den neuen Produktionsstrukturen besitze, so Gorz, die Macht kein Subjekt; sie gehöre »nicht souveränen Individuen, die frei Regeln und Ziele der kollektiven Aktion definierten« (ebd.: 42). Stattdessen gebe es in der industriellen und administrativen Hierarchie von unten nach oben »einzig Ausführende, die sich den kategorischen und immanenten Geboten des materiellen Systems« beugten (ebd.). Dieser These eines generellen Machtverlusts von Arbeitern widersprechen die zentralen Befunde aus Kern/Schumann II mit großer Klarheit und Präzision, ohne indessen André Gorz' Diagnose in Gänze zu verwerfen (Kern/Schumann 1964/1990: 329-330). Die Potenzialität neuer Produktionskonzepte liegt quer zu der von Gorz behaupteten »Banalisierung« industrieller Arbeit, und der »doppelte Bezug« auf Erwerbsarbeit (Tauschwert- und Gebrauchswertperspektive; vgl. auch Kudera et al. 1979: 26ff.) erklärt, weshalb Produktionsarbeit selbst in ihrer verstümmeltesten Form ihre identitätsbildende Kraft nicht vollständig einbüßt (Schumann et al. 1982: 399-426).

Diese Art der Auseinandersetzung mit dem antiproduktivistischen Paradigma, wie sie in Kern/Schumann II geführt wird, bestimmte während der Folgejahre die Argumentationslinie zahlreicher arbeitssoziologischer Untersuchungen. Strukturelle Veränderungen, Wertewandel und Individualisierung wurden nicht bestritten, aber analytisch in die Welt der Erwerbsarbeit hineinverlagert. Die Untersuchung »Jugend und Krise« (Baethge et al. 1987) ging in den 1980er Jahren sogar so weit, eine Dominanz der Subjektüber die Arbeitskraftperspektive zu behaupten. Die Absicherung reproduktiver Grundbedürfnisse auf dem historisch gegebenen Niveau vorausgesetzt, zeichneten sich die Arbeitsorientierungen junger Facharbeiter dadurch aus, dass arbeitsinhaltliche und sozialkommunikative gegenüber den materiell-reproduktiven Arbeitsansprüchen subjektiv einen Bedeutungszuwachs erfuhren. Dieser Wandel von Arbeitsorientierungen war jedoch keineswegs mit steigender Bereitschaft zu kollektivem Engagement verbunden; eher förderte er individualistische Interessenkalküle, die sich gewerkschaftlich nur schwer politisieren ließen.

Überblickt man den gesamten Zeitraum seit den späten 1960er Jahren, so zeichnet sich eine weitreichende Verschiebung des Themenspektrums ei-

ner empirischen Arbeitsbewusstseinsforschung ab. Was zunächst als Untersuchung eines – ausbleibenden – Klassenbewusstseins begann, verwandelte sich sukzessive in eine Forschung, der es darum ging, den Stellenwert von Erwerbsarbeit für soziale Identitätsbildungen überhaupt zu erklären. Die aufstrebende feministische Forschung verstärkte diesen Trend und lenkte die Aufmerksamkeit zudem auf für das gesellschaftliche Bewusstsein konstitutive Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit (Aulenbacher 2009). Der Blick auf die Doppelung von Arbeit in Öffentlichkeit und Privatsphäre machte die wechselseitige Abhängigkeit von Erwerbsarbeit, Haus-, Subsistenz- und Eigenarbeit sowie autonomen Tätigkeiten deutlich, denn »ohne Haushaltung keine Privatsphäre, ohne Privatsphäre kein lebendiges Arbeitsvermögen, ohne den Verkauf lebendiger Arbeit kein Lohn, ohne die Verwertung von Lohnarbeit keine Chance für das Erwerbssystem, Waren zu produzieren und Dienstleistungen zu erbringen« (Becker-Schmidt 2007: 260). Die soziale Rangordnung, in die diese Tätigkeiten gebracht werden, beinhaltet zugleich eine Verschränkung unterschiedlicher Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse: »Wir können zwei soziale Gruppen ausmachen, die von dieser Rangordnung profitieren: die Unternehmer und die männlichen Beschäftigten. Die Repräsentanten des Kapitals sparen Kosten durch niedrige Lohnzahlungen an Frauen und bedienen sich der unbezahlten Hausarbeit. Die Regeneration von Arbeitskraft muss von ihnen nicht mehr entgolten werden. Die männlichen Beschäftigten bekommen die höheren Löhne und sind aufgrund ihres traditionellen Status als bread-winner weitgehend von Hausarbeit entlastet.« (ebd.)

Die Anerkennung einer begrenzten Pluralität an für Gesellschaftsbilder konstitutiven Tätigkeiten und Herrschaftsbeziehungen beinhaltete eine Relativierung der Zentralität von Erwerbsarbeit und Produktionssphäre für soziale Identitätsbildung. Mit dem zentralen Gegenstand der Forschungen veränderten sich zugleich die Theoretisierungen und Operationalisierungen von »Bewusstsein«. Das Überblickswerk von Voß (1984) markiert hier in gewisser Weise eine Neuausrichtung. In der Kritik an einem strukturalistischen Überhang der Bewusstseinsforschung betonte es »Interessen und Eigensinn« der scheinbaren »Exekuteure« so genannter »historischer Gesetzmäßigkeiten« (Voß 1984: 485). Auch Autoren wie Braczyk (1982) oder Brandt (1984) äußerten Kritik an einer objektivistischen Verkürzung des Bewusstseinsbegriffs. Kleemann/Voß (2010) benennen in ihrem Resümee rückblickend drei arbeits- und industriesoziologische Forschungsstränge: a) Arbeiterbewusstsein als Wahrnehmung von Arbeit und Gesellschaft, in die arbeitsexterne Orientierungen einfließen; b) Arbeiterbewusstsein als Reflex objektiver Arbeits- oder Klassenerfahrungen sowie c) Arbeiterbewusstsein

als relativ autonome subjektive Aneignung objektiver Erfahrungen. Diese Stränge kontrastieren sie mit Ansätzen, die das »Subjekt der Arbeit« zum zentralen Forschungsgegenstand machen (vgl. Voß 1984). Folgt man dieser Lesart, so hat die – im Unterschied zu den Gouvernamentalitätsstudien – empirische arbeitssoziologische Subjektivierungsforschung das Erbe der alten Arbeiter- und Arbeitsbewusstseinsforschung angetreten. Bei allem, was daran innovativ sein mag, hat diese Entwicklung aber auch dazu geführt, dass wichtige und einstmals klassische Felder der arbeits- und industriesoziologischen Bewusstseinsforschung heute gar nicht mehr beachtet werden. Wie Arbeiter – auch formal noch immerhin ca. 28% der Erwerbstätigen – heute über ihre KollegInnen, ihren Betrieb, ihr Leben jenseits der Erwerbsarbeit denken, ist – trotz der Fülle an demoskopischen Untersuchungen – weitestgehend unbekannt. Für die Lohnabhängigen im weiteren Sinne gilt Ähnliches.

Arbeitsbewusstsein – am Beginn einer neuen Diskussion?

Wer nach Alternativen sucht, wird eher außerhalb des deutschen Sprachraums fündig. So haben in Frankreich Forschergruppen im Umfeld Pierre Bourdieus die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen beleuchtet (Bourdieu et al. 1998; daran anschließend für den deutschen Sprachraum: Schultheis/Schulz 2005). In einer großartigen Studie, die für eine reaktualisierte Arbeitsbewusstseinsforschung stilbildend sein könnte, haben Stéphane Beaud und Michel Pialoux (2004) den Zerfall einer militanten Arbeiterkultur in einem französischen Automobilwerk beschrieben. Dort treffen junge Prekarier auf eine demoralisierte Generation von angelernten und politisch ehemals radikal-linken Bandarbeitern. Diese Konstellation lässt die tradierte Oppositionskultur jedoch »blutleer« erscheinen. So können die etablierten Stammeschäftigten die Fabrik mangels besserer Alternative nicht mehr verlassen, zugleich erodieren die soziokulturellen und politischen Reproduktionsbedingungen ihrer einstmals militanten Arbeiterkultur: »Im Vergleich zu den jungen Prekären von heute wird deutlich, dass die kämpferische Haltung der Angelernten nicht nur auf der Vollbeschäftigung beruhte, sondern auch auf den oppositionellen Dispositionen, die sich zuerst in der Schule, im CET oder in den beruflichen Schulen entwickelten.« (Beaud/Pialoux 2004: 281) Die schulische Gegenkultur, aus der sich die konfliktorientierte Grundhaltung speiste, ist ebenso verschwunden wie der Widerspruchsgeist und die Lust an der Provokation. Das hängt auch damit zusammen, dass die nachwachsende Generation junger Leiharbeiter die

Arbeitsbedingungen der Stammbeschäftigten als »privilegierte Situation« erlebt und die soziale Ordnung im Werk und in der Gesellschaft als natürlich gegebene hinnimmt: »Die prekär Beschäftigten verfügen über wenige Trümpfe, um sich ein warmes Plätzchen zu sichern. Einer davon ist ihre fügsame Bereitschaft, sich auf die Modernität einzulassen, indem sie alles daran setzen, um effiziente, verfügbare, verlässliche und kooperative Werker zu werden. So hoffen sie, mit ihrer Arbeit leben zu können. Kurzum: Sie wollen auf eine andere Art Arbeiter sein, ohne diese mürrische und an allem herumtrotzende Geisteshaltung ihrer Vorgänger. Die Aktivisten sagen von den wenigen jungen Zeitarbeitern, die fest angestellt werden, sie hätten die Logik des Unternehmens verinnerlicht. Man könnte sich jedoch auch die Frage stellen, ob nicht viele von ihnen einfach nur auf der Suche nach Gruppenzugehörigkeit sind.« (ebd.: 283)

Neben dieser Studie gehören die »Ungerechtigkeiten« von François Dubet (2008) zu den viel diskutierten neueren Untersuchungen. Auf der Basis reichhaltigen empirischen Materials analysiert Dubet die Alltagskritiken von Arbeitenden an ihrer Arbeit und ihrem Betrieb, an den Vorgesetzten bzw. den Kollegen, legt die ihnen zugrunde liegenden normativen Werturteile offen und stellt so die praktischen Urteile und situativen Bewertungen der beobachteten Subjekte ins Zentrum der Analyse. Impulse beziehen solche Arbeiten auch aus der pragmatischen »Soziologie der Kritik« eines Luc Boltanski (2010). Die Soziologie der Kritik sucht u.a. die seitens des Mainstreams der Wirtschaftswissenschaften ignorierte Frage nach den Maßstäben normativer Bewertung ökonomischer Güter zu beantworten und identifiziert in diesem Zusammenhang eine Pluralität konkurrierender Rechtfertigungsordnungen (Boltanski/Thévenot 2007; Boltanski/Chiapello 2003; Diaz-Bone 2011). Dabei geht es immer auch um die Maßstäbe für eine wissenschaftlich fundierte Gesellschaftskritik (Boltanski 2011; Bogusz 2010). Zentrales Anliegen der pragmatischen Soziologie ist es, eigensinnige Akteure als Subjekt der Kritik ernst zu nehmen. Die von den Subjekten alltäglich formulierte Kritik an ihrer Arbeitssituation, am politischen System oder auch an der Gesellschaft wird aufgenommen, um sie sodann – theoretisch verdichtet und geordnet – wieder an die Subjekte zurückzuspielen (Pongratz 2011: 29).

Eine theoretisch wie empirisch gleichermaßen elaborierte Forschung zum Lohnabhängigen- und Arbeitsbewusstsein gibt es im deutschen Sprachraum gegenwärtig nicht. Immerhin hat die Zäsur von 2008-2009 auch in den Sozialwissenschaften Fragen nach der Stabilität von subjektiven Legitimationsressourcen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems aufgeworfen. Als Beitrag zu einer im Entstehen begriffenen Debatte (Detje et al. 2011; Detje et al. 2013: 8-13; Menz 2012: 446-461; Schumann 2013)

präsentieren wir nachfolgend Ergebnisse aus quantitativen und qualitativen empirischen Erhebungen, die wir seit 2008 in unterschiedlichen Forschungskontexten realisieren konnten. Die Frage nach den Gesellschaftsbildern von Lohnabhängigen, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen stand dabei zu meist nicht explizit im Zentrum der Untersuchungen. Dennoch verfügen wir über reichhaltiges empirisches Material zum Thema, das wir in diesem Band erstmals gebündelt und im Zusammenhang präsentieren.

Das inhaltliche Zentrum der Analysen bilden Untersuchungen aus klassischen Kernbereichen der Industrie. Es handelt sich um Belegschaftsbefragungen aus Betrieben der Metall- und Elektroindustrie Ost- und Westdeutschlands. Da diese Erhebungen für die nachfolgend präsentierten Befunde und Interpretationen von zentraler Bedeutung sind, seien einige Anmerkungen zum betrieblichen Kontext vorangestellt. Untersucht wird die nach wie vor hochgradig männerdominierte Welt der Industriearbeit. In dieser Welt sind Angestellte und ArbeiterInnen in einem sozial geschützten Beschäftigungsverhältnis in der Mehrheit. Das Unternehmen West (Fahrzeugbau) und das Unternehmen Ost (optische Industrie) zeichnen sich zudem durch einige Besonderheiten aus. Zusammensetzung und Qualifikationsstruktur der Belegschaften differieren erheblich. Während im Ostunternehmen 35% der Beschäftigten Ingenieure, Techniker und Meister sind, ist der Anteil an Akademikern und Technikern im westdeutschen Fertigungs- und Montagestandort deutlich kleiner; fast 80% der Beschäftigten zählen dort zu den Facharbeitern. Allerdings gibt es eine fallübergreifende Gemeinsamkeit. Beide Unternehmen haben in ihrer Region einen Sonderstatus inne, der sich auch aus der Tatsache erklärt, dass die jeweiligen Belegschaften jeweils aus dem nahen regionalen Umfeld stammen.

Im Westunternehmen (mit zwei lokalen Betriebsstätten) wie im Osten nach der Wende ganz allgemein hat eine Kultur verantwortlicher Zusammenarbeit die Politik der Werksleitung über Jahrzehnte nachhaltig beeinflusst. Ein weitreichender Umstrukturierungsprozess mit einem Übergang zu neuen Produkten und einer veränderten Positionierung in der Wertschöpfungskette erfolgte im Westunternehmen kooperativ und unter maßgeblicher Beteiligung des Betriebsrats. Die Restrukturierung konnte nicht zuletzt aufgrund der Flexibilitätsbereitschaft der Belegschaft und ihrer Interessenvertreter ohne betriebsbedingte Kündigungen realisiert werden. Mit dem dramatischen Auftragseinbruch 2008/09 änderte sich dies: Schon zu Beginn der Krise wurden flexibel Beschäftigte (Befristete, Leiharbeiter) »ausgesteuert« bzw. nicht mehr weiterbeschäftigt.

Das Leitbild des Shareholder-Value hat die Managementpraxis des Unternehmens eine Zeit lang geprägt. Doch schon vor dem Ausbruch der Krise

spielte es, beeinflusst durch einen Führungswechsel, in der Managementrhetorik keine Rolle mehr (Dörre/Holst 2009). Auch die in den 1990er Jahren mit dem Ziel einer Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten eingeführte Center-Struktur wurde teilweise zurückgenommen. Gleichwohl zeugen Budgetierung und zentrale Personalplanung mit knappen Personalpuffern von einer ungebrochenen Relevanz kapitalmarktkonformer Steuerungskriterien, die fest in den betrieblichen Abläufen verankert sind. So stehen die Abteilungsleiter in direkter Ergebnisverantwortung, werden aber zentralistisch über vorgegebene Budgets gelenkt. Davon erfasst sind auch die Personalausgaben, was letzten Endes erhöhten Druck auf die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen erzeugt. Wie andere weltmarktorientierte Unternehmen auch, agiert das untersuchte Werk unter der Vorgabe, einen Teil der Belegschaft »planmäßig« flexibel, d.h. über Leiharbeit, Befristungen oder Werkverträge, zu beschäftigen. Auch ohne Shareholder-Value-Leitbild sollen sich die ArbeiterInnen und Angestellten zum Wohle des Betriebs »unternehmerisch« verhalten – konzernweit findet buchstäblich ein »Flexibilitäts-wettbewerb« statt, in welchem die Anpassungsbereitschaft der Belegschaft zur entscheidenden ökonomischen Ressource geworden ist.

In den untersuchten Betrieben des Optoelektronik-Unternehmens liegen die Dinge etwas anders. Obwohl der Shareholder Value in der dortigen Managementrhetorik nie eine dominante Rolle gespielt hat, werden die Beschäftigten seit geraumer Zeit mit einem Leitbild konfrontiert, das an die »unternehmerische« Arbeitskraft im globalen Wettbewerb appelliert. Das Management agiert nach der – offen kommunizierten – Devise: »Noch produzieren wir vor Ort; was in fünf Jahren ist, wissen wir nicht.« Die so erzeugte Unsicherheit hat durch die Aufspaltung des Unternehmens in mehrere eigenständige Betriebe am Ort und die damit verbundene Implementation interner Marktbeziehungen zusätzliche Schubkraft erhalten. Während aus Sicht der Unternehmensspitze vieles, was jahrzehntelang ein besonderes Firmenbewusstsein ausmachte, in der globalen Konkurrenz obsolet erscheint, sorgen sich die Betriebsräte um die Einheit des Unternehmens und den Zusammenhalt der Belegschaft.

Für beide untersuchten Werke gilt jedoch, dass Führungskräfte wie Festangestellte für sich und ihr Werk eine Art Sonderbewusstsein beanspruchen. Über Jahrzehnte und Generationen hinweg ist eine Identifikation mit dem Unternehmen und den lokalen Werken gewachsen, die sich so ausgeprägt in anderen Betrieben der Branche nicht finden dürfte. Auch um diese – vermeintlichen – Sonderfälle einordnen zu können, greifen wir zusätzlich auf einige andere Erhebungen zurück. Dazu gehören Daten aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die im Kontext des Jenaer Sonderforschungs-

bereichs 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität. Tradition. Strukturbildungen« erhoben wurden. Darüber hinaus werden Daten aus einer Befragung von Geschäftsführungen aus weiteren optoelektronischen Betrieben in Ostdeutschland präsentiert. Vom Blick auf Orientierungen im Management versprechen wir uns einen besonderen Kontrast zum Bewusstsein der befragten ArbeiterInnen und Angestellten. Die Kontextualisierung dieser zusätzlich herangezogenen Daten erfolgt in den jeweiligen Kapiteln. Die ebenfalls um Kontrastierung bemühten Ausführungen zum Gesellschaftsbild von prekär Beschäftigten und Erwerbslosen basieren wesentlich auf qualitativen Untersuchungen, die im Rahmen eines Teilprojekts des erwähnten Sonderforschungsbereichs 580 der DFG mit dem Titel »Entsteht eine neue Unterschicht« durchgeführt wurden. Die wichtigsten Befunde dieses Vorhabens sind inzwischen in einer eigenen Monografie veröffentlicht (Dörre/Scherschel/Booth et al. 2013).

Der vorliegende Band stellt den empirischen Befunden aus Belegschaftsbefragungen in Industriebetrieben somit weitere zur Seite, die in unterschiedlichen Projekten am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt wurden.⁹ Er informiert über den theoretischen Kontext der Forschungen, das Konzept kapitalistischer Landnahmen und dessen Relevanz für die durchaus eigensinnige Subjektkonstitution befragter ArbeiterInnen und Angestellter. Ziel des Buches ist es, die *Ergebnisse* unterschiedlicher Studien inhaltlich aufeinander zu beziehen. Es geht uns um den Zusammenhang, der zwischen einzelnen empirischen Befunden besteht. Aus diesem Grund verzichten wir auf ausführliche methodische Erläuterungen zu den quantitativen und qualitativen Erhebungen. Auch die Kategorien und Verfahren, die wir für die Typenbildungen genutzt haben, werden nicht ausführlich erläutert. Dies ist bzw. wird in den Publikationen zu den Einzelstudien geschehen. Im vorliegenden Band beschränken wir uns darauf, die Datensätze im Anhang kurz vorzustellen.

Inhaltlich knüpft der Band an klassische Forschungen zum Arbeiterbewusstsein an. Mit Bezug auf die bereits erwähnte Studie von Popitz, Bahrdt und Mitarbeitern werden zunächst aktuelle empirische Ergebnisse zum Gesellschaftsbild von LohnarbeiterInnen präsentiert und zu sieben forschungsleitenden Annahmen verdichtet (Kapitel 1). Den nachfolgenden Teil mit einzelnen empirischen Studien eröffnet ein Beitrag zum Arbeitsbewusstsein und zur Interessenorientierung der Beschäftigten des besagten ostdeutschen In-

⁹ Zum Teil liegen den einzelnen Kapiteln frühere Veröffentlichungen zugrunde, die stark überarbeitet und durch Originalbeiträge komplettiert werden.

dustrieunternehmens aus der Optikbranche (Kapitel 2). Daran schließt ein Kapitel zur Wahrnehmung der Leiharbeit durch Stammbeschäftigte eines westdeutschen Industriebetriebes an (Kapitel 3). Krisenerfahrungen in ihren Auswirkungen auf das Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein sind sodann Gegenstand eines ersten Exkurses, der neben Daten aus einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung eine vergleichende Diskussion von Befunden aus Belegschaftsbefragungen ost- und westdeutscher Betriebe vorstellt (Kapitel 4). In Kapitel 5 wenden wir uns dem Gesellschaftsbild von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten zu, das im Kontrast zum Bewusstsein der »übriggebliebenen« Stammbeschäftigten analysiert wird. Abgerundet werden die Untersuchungen von einem zweiten Exkurs zur Gesellschaftssicht leitender Angestellter aus kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) der ostdeutschen optoelektronischen Industrie (Kapitel 6). Das abschließende Kapitel 7 nimmt die Ausgangsthese wieder auf und diskutiert sie anhand von zusätzlichem quantitativen und qualitativen Material aus der Hauptuntersuchung, um so die subjektiven Grenzen kapitalistischer Landnahmen zu thematisieren.

Die Autorinnen und Autoren

Michael Behr, langjährige Tätigkeit als Soziologe am Lehrbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Themenschwerpunkt Arbeit und Arbeitsmarkt, ist Abteilungsleiter für Arbeitsmarktpolitik und Berufliche Bildung des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie.

Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Theorie kapitalistischer Landnahmen, Prekarität sowie Arbeitsbeziehungen und soziale Konflikte. Er ist Mit-Initiator und einer der Direktoren des DFG-Forschungskollegs »Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften« (Postwachstumsgesellschaften).

Margrit Elsner war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, leitet aktuell die Geschäftsstelle des dortigen Instituts für Soziologie und ist Koordinatorin der Initiative Internationales UN-Jahr Global Understanding des Lehrstuhls Sozialgeographie.

Anja Happ war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie und ist aktuell Referentin am Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Eschborn. Arbeitsschwerpunkt: Evaluation von Förderprogrammen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Hajo Holst ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Nachhaltige Flexibilisierung und prekarierte Arbeit, Temporalstrukturen des Kapitalismus sowie international vergleichende Arbeitsbeziehungen.

Bernd Martens, Soziologe, langjährige Tätigkeit an der Universität Jena im Sonderforschungsbereich 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch«, zuletzt im Zentrum für Sozialforschung Halle in einem Kooperationsprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung beschäftigt.

Ingo Matuschek ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Flexibilisierung von Arbeit, veränderte Produktionsregime und Arbeitsbeziehungen sowie die Soziologie politischen Handelns.

Christoph Thieme, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der FSU Jena, Arbeitsschwerpunkte: Regionale Arbeitsmarktanalysen zu Entwicklungspotenzialen und Fachkräftebedarf; Leiharbeit, Innovation, Kooperation und Fachkräfteentwicklung auf betrieblicher Ebene.